

China

Gefangene der Monate Januar und April frei! Provinz Zhejiang setzt Kampagne gegen Kreuze fort

Die IGFM hat kurz vor Redaktionsschluss die erfreulichen Nachrichten von zwei Haftentlassungen in China erreicht: Der evangelische Pastor Gu Yuese und der christliche Rechtsanwalt Zhang Kai sind frei. Beide Entscheidungen, internationalen Protesten nachzugeben, wurden Beobachtern zufolge durch die Begegnung des chinesischen Präsidenten Xi Jinping mit US-Präsident Barack Obama in der Woche nach Ostern in Washington aus Anlass des dortigen Atomgipfels forciert.

Ende Januar war der Pastor aus Hangzhou festgenommen worden. Er ist als Dialogpartner ausländischer Gäste und Pastor der staatlich kontrollierten Chonyi Kirche auch über die Grenzen Chinas hinaus bekannt, quasi ein prominentes Aushängeschild der Religionspolitik. Zunächst wurde er am 22. Januar entlassen und kurz darauf wurde bekannt, dass er sich in staatlichem Gewahrsam befindet. Gu Yuese, dem die Behörden Korruption vorwarfen, hatte sich gegen die Kampagne in der Provinz Zhejiang gewandt, in deren Zug seit zwei Jahren Kreuze von den Kirchen abgerissen werden. Die IGFM hatte Pastor Gu Yuese zusammen mit der evangelischen Nachrichtenagentur idea als „Gefangenen des Monats April“ nominiert.

Mehr als sechs Monate verbrachte der christliche Rechtsanwalt Zhang Kai an unbekanntem Ort hinter Gittern. Nun kam er endlich frei. Am Mittwoch vor Ostern war der 37-Jährige schon wieder zu Hause in der Inneren Mongolei.

Im Januar hatte die IGFM den Christen als „Gefangenen des Monats“ benannt. Der Anwalt, der zunächst in Peking arbeitete, war in die südöstliche Provinz Zhejiang gewechselt und hatte dort mehr als 100 Gemeinden vertreten, die von der Demontage ihrer Kirchenkreuze betroffen waren. (siehe Verfolgte Christen aktuell Nr. 4/2015). Sechs Monate nachdem er am 25. Au-

DER GEFANGENE DES MONATS JANUAR



Anwalt Zhang Kai (Foto: privat / Idea)

gust vorigen Jahres, kurz vor einem geplanten Treffen mit dem US-Gesandten für Religionsfreiheit, David Saperstein, festgenommen worden war tauchten erste konkrete Vorwürfe auf der staatlichen Internetseite Wenzhou Online auf, die den Rechtsanwalt als Kriminellen darstellten.

Demnach wurde er beschuldigt, „Drahtzieher hinter einer Serie von illegalen religiösen Begegnungen“ zu sein. Die Autoren des Artikels gaben die städtischen Sicherheitsbehörden als Quelle an und veröffentlichten Auszüge aus einem Geständnis, das an demselben Tag im Fernsehen ausgestrahlt worden

DER GEFANGENE DES MONATS APRIL



Pastor Gu Yuese (Foto: China Aid)

war. Er wurde darin mit dem aufschlussreichen Satz zitiert: „Ich rate auch den sogenannten Menschenrechtsanwälten, mein Beispiel als Warnung aufzufassen, nicht mit Ausländern zu konspirieren, von ausländischen Organisationen Geld anzunehmen oder sich mit Aktivitäten zu beschäftigen, die nicht legal sind, oder die nationale Sicherheit oder nationalen Interessen gefährden.“

Zhang Kai bezichtigte sich selbst in dem Geständnis, das Beobachter für erzwungen halten, die soziale Ordnung gestört zu haben. Er habe es auf Reichtum und Ruhm abgesehen, als er den Entschluss fasste, Christen zu helfen. „Ich bedaure wirklich, diese Dinge getan zu haben. Ich empfinde sehr viel Reue“, sagte er.

Der Rechtsanwalt hatte auf legalem Weg versucht, für die Rechte der christlichen Gemeinden einzutreten und wurde im Gegenzug für kriminell erklärt. Wegen der Veröffentlichung des Geständnisses gab es international harsche Kritik.

Es gibt trotz der erfreulichen Nachrichten keine Anzeichen dafür, dass die Kommunisten in der chinesischen Provinz Zhejiang bei ihrer Kampagne gegen religiöse Symbole auf Gotteshäusern und Gebetsstätten nun grundsätzlich einlenken.

Beobachtern zufolge geht es nur vordergründig um angebliche Verstöße gegen Bauvorschriften. Betroffen sind Kirchen aller Konfessionen, auch der patriotischen, sprich staatlich-kontrollierten. Hintergründig geht es wohl um die Unterwerfung unter die Kontrolle der Kommunistischen Partei. Im vorigen Jahr stieg die Zahl der Beschädigungen an den Kirchen enorm an, insgesamt rund 1.800 Kirchenkreuze ließ die Provinzregierung demontieren. Auf friedliche Proteste reagieren die Sicherheitskräfte mit Festnahmen und Gewalt. Beobachter gehen davon aus, dass der Regierung der enorme Zuwachs der Christen aller Konfessionen ein Dorn im Auge ist.

Islamisten drohen mit landesweiten Protesten für die Hinrichtung Asia Bibis

Eine Gruppe von islamischen Anhängern von Mumtaz Qadri, dem Mörder des pakistanischen Gouverneurs Salman Taseer, hat ein Ultimatum für die Vollstreckung des Todesurteils gegen Asia Bibi gestellt. Sie drohen mit landesweiten Protesten, wenn die christliche Familienmutter nicht bis zum 27. März hingerichtet wird. Christen im ganzen Land bangen um sie und beten für ihre Sicherheit.

Qadri, dessen Todesurteil am 20. Februar vollstreckt wurde, wird von islamistisch angefeuerten Massen als Held der Scharia verehrt. Der ehemalige Leibwächter war eigentlich für die Sicherheit Salman Taseers,



Salman Taseer

des Gouverneurs des Punjab, verantwortlich. Er erschoss ihn jedoch am 4. Januar 2011 in Islamabad, nachdem der Politiker Asia Bibi im Sheikhpura Gefängnis der Hauptstadt besucht und ihr versichert hatte, sich bei seinem Freund, dem damaligen pakistanischen Präsidenten Asif Ali Zardari, für ihre Begnadigung einzusetzen. Anwälte streuten Rosenblätter auf Qadri, als dieser vor Gericht erschien, moralisch gestützt durch mehr als 500 Islamgelehrte, die die Tat priesen. Der Richter, der den Mörder zum Tode verurteilte, konnte sich nur noch durch Flucht aus dem Land retten. Die Hinrichtung löste nun eine Serie von Protesten aus.

Zwei Monate nach der Bluttat an Taseer wurde am 2. März 2011 der pakistanische Minister für Minderheiten Shahbaz Bhatti auf dem Weg zur Arbeit im Auto von Unbekannten erschossen, weil er sich für die Christin in der Todeszelle einsetzte. Asia Bibi ist zum Synonym geworden für den Kampf zwischen dem auf dem Common Law von

England und Wales basierenden Recht Pakistans, das bei der Staatsgründung aus der Zeit unter britischer Herrschaft übernommen wurde, sowie dem islamischen Recht, der Scharia. Muhammad Ali Jinnah, der Staatsgründer, arbeitete im britischen Rechtssystem als Anwalt und sah keinen Anlass, das Bewährte grundlegend zu überarbeiten.

Erst vor wenigen Jahren hat die Islamische Republik Pakistan den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte unterzeichnet (2008) und ratifiziert (2010). Dennoch wird dieses Land für die 2,7 Prozent christlichen Pakistani zunehmend unerträglich. In vielen Bereichen werden sie diskriminiert: In Kantinen hängen zuweilen Schilder, die besagen, dass sie dort nicht bedient werden. In öffentlichen Bereichen wie Verwaltung, Bildung, Polizei gelangen sie nie auf Leitungsposten, nicht einmal in qualifizierte Positionen. Noch immer schaut der Staat weg, wenn christliche Mädchen entführt, vergewaltigt und zwangskonvertiert werden. Die Gewichtung einer Zeugenaussage im Gerichtsprozess je nach Geschlecht (die Aussage einer Frau ist nur halb so viel wert, wie die eines Mannes) oder je nach Religionszugehörigkeit (die Aussage eines Nicht-Muslim ist nur ein Viertel so viel wert, wie die eines Muslimen) spricht eine noch deutlichere Sprache und signalisiert: Die Menschen sind in Pakistan nicht gleich an Würde und Rechten.

In den Artikeln 20, 21 und 22 der pakistanischen Verfassung wird die Religionsfreiheit garantiert. Darin ist vom Recht jedes Bürgers, seine Religion zu bekennen, zu praktizieren und zu propagieren, die Rede. Der Überzeugung von Muhammad Ali Jinnah zufolge, dem Baba-i-Qaum, dem Vater der Nation, selbst ein Schiit mit christlicher Schulbildung und tüchtiger Rechtsanwalt in der britischen Kolonialzeit, sollten auch die Angehörigen der Minderheiten Pakistan als ihre Heimat betrachten können.

Der Vorsitzende des Rates, Muhammad Khan Sherani, hat im Januar in einem Interview mit der Nachrichtenagentur Reuters angekündigt, die Blasphemiegesetze, die deutlichster Ausdruck der Islamisierung des Landes sind, noch einmal zu überprüfen. So solle überprüft

werden, ob die Todesstrafe wirklich die geeignete Strafe sei. Es handelt sich um denselben Rat, der sich nicht dazu durchringen konnte, Kinderehen zu verbieten. Er spielte aber den Ball gleich ins Feld der Regierung, die die Anfrage an seinen Rat stellen müsse. „Dann kann der Rat ernsthaft die Dinge bedenken und seine Empfehlung abgeben, ob es dasselbe bleiben sollte, oder vielmehr verschärft oder gelockert werden sollte“, sagte der Islamgelehrte mit dem langen weißen Bart in dem Interview.

Diskussion über Blasphemiegesetze

Christliche Hilfsorganisationen reagierten unterschiedlich: Nasir Saeed, der CLAAS in Großbritannien vertritt, sagte in öffentlichen Stellungnahmen, dass sich pakistanische Christen einige Hoffnung machen könnten. Er begründet diese Haltung damit, dass der Vorsitzende des Rates sich vor einigen Jahren noch gar nicht darüber zu debattieren bereit zeigte. Im November betonte Richter Asif Saeed Khosa, dass die Gesetze nur von Menschen formuliert worden seien, eine wesentliche Voraussetzung, um überhaupt über eine Änderung nachdenken zu können.

Peter Jacob vom Centre for Social Justice in Lahore (Zentrum für Soziale Gerechtigkeit) hält den Missbrauch der Gesetze für vorprogrammiert, weil weder der Tatbestand genau umrissen sei, noch die Zurechnungsfähigkeit der Beschuldigten oder die Verhältnismäßigkeit der Strafe berücksichtigt würden. Aus diesen Gründen stellten die Blasphemie-Gesetze zunächst einmal ein rechtliches Problem dar. Peter Jacob kommt zu dem Schluss: „Die Regierung würde diesem Land einen großen Dienst erweisen, wenn sie eine objektive Studie über den Missbrauch der Blasphemiegesetze in Auftrag gäbe und sobald wie möglich veröffentlichte.“

Pater Emmanuel Yousaf Mani, Direktor der Kommission Justitia et Pax der katholischen Bischofskonferenz in Pakistan, befürchtet eher, dass sich die Einschränkungen für Minderheiten eher noch ausweiten, wenn sich der Rat erst einmal wieder mit den Blasphemiegesetzen auseinandersetzt.

Von der Agentur AsiaNews wird er mit den Worten zitiert: „Der Ulema kann das Gesetz auch noch verschlimmern.“ Er beklagt Lücken im Gesetz sowie eine oftmals falsche Anwendung. „Aber wir sind besorgt. Solche beratenden Körperschaften sollten nicht existieren.“ Vielmehr sollte sich die Regierung zugunsten Reform auf eigene Verfahren im demokratischen System stützen. Als undemokratisch und verfassungswidrig bezeichnete auch Samson Salamat vom Zentrum für Menschenrechtserziehung den Weg, die Reform der Blasphemiebestimmungen ausschließlich in die Hände des Rates zu legen.

Blasphemie-Gesetze: Drakonisch und diskriminierend

Die Blasphemie-Gesetze sind zum zentralen Instrument zur Unterjochung Andersdenkender, liberaler Muslime oder Angehöriger der Minderheiten, avanciert: „Drakonisch und diskriminierend“ bezeichnet das pakistanische Hilfswerk „The Voice Society“ (Lahore) die entsprechenden Gesetze, mit denen Gotteslästerung geahndet werden soll. Die Paragraphen 295 B (Koranschändung) und 295 C (Respektlosigkeit gegenüber den Koran) sowie 298 A (despektierliche Äußerungen über herausragende Personen der islamischen Geschichte), 298 B (Missbrauch von islamischen Attributen) und 298 C (Selbstbezeichnung eines Ahmadis als Muslim) wurden zwischen 1980 und 1986 unter Zia ul-Haq ins pakistanische Strafrecht eingeführt. Mit lebenslanger Haft wird die Schändung des Korans geahndet, während lästerliche Bemerkungen über den Religionsstifter Mohammed gar mit dem Tode bestraft werden sollen. Ausdrücklich diskriminiert werden Angehörige der Ahmadiyya-Gemeinschaft, die sich überhaupt nicht nach außen zum Islam bekennen dürfen, ohne sich dadurch dem Vorwurf der Blasphemie auszusetzen.

Es ist bekannt, dass fadenscheinige Vorwürfe der Blasphemie unfairer Gerichtsurteilen vorausgehen, wenn nicht sogar eine aufgeregte Menschenmenge gestützt auf Gerüchte, zur Lynchjustiz schreitet. Eine Untersuchung der Legal Aid Society in Karatschi kommt zu dem Schluss: „Die Mehrheit der Blasphemiefälle basierten auf falschen Anklagen, die aus Eigentumsangelegenheiten herrührten oder von anderen persönlichen oder familiären Rachefeldzügen, vielmehr als auf echten Beispielen von Gottes-

lästerung und sie führen unausweichlich zu Mobgewalt gegen die ganze Gemeinschaft.“

Aneeqa Anthony, Projektpartnerin der IGFM in Lahore (Punjab) und Koordinatorin der The Voice Society empfiehlt, das Beweisrecht grundlegend zu ändern. Zudem erachtete sie es für notwendig, die Falschbeschuldigung wegen Blasphemie als eigenen Straftatbestand zur Abschreckung einzuführen, da der Missbrauch überhandnimmt. Sie rät dazu, dass die Staatsanwaltschaft von Amts wegen Blasphemievorwürfen nachgehen sollte, da dies angesichts ihrer Tragweite nicht Privatpersonen überlassen werden kann. Anthony plädiert auch für klare Obergrenzen für die Inhaftierung Beschuldigter. Der Staat müsse zudem die Unabhängigkeit der Gerichte wiederherstellen: Richter werden zuweilen von Islamisten so unter Druck gesetzt, dass sie nicht unbefangen in die Verhandlung gehen. Sie betont in ihrer Liste von Empfehlungen, das Bildungssystem hinsichtlich des Umgangs der gesellschaftlichen Gruppen untereinander gründlich zu reformieren. „The Voice Society versucht, hier zusammen mit anderen Organisationen der Zivilgesellschaft Änderungen des Systems herbeizuführen, weil wir davon überzeugt sind, dass die Beseitigung hetzerischer Schriften aus dem Lehrmaterial einen großen Unterschied hinsichtlich des Denken in puncto Toleranz unter den Religionen bewirken kann.“



Aneeqa Anthony tröstet (Foto: The Voice)

Die Menschenrechtsanwältin Anthony kennt sich aus, welche grausame Frucht der Same der Hasspropaganda im alltäglichen Umgang tragen kann: Das christliche Ehepaar Shama und Shahzad Masih, einfache Ziegeleiarbeiter, wurde nur der Blasphemie verdächtigt, als ein aufgebrachter Mob auch schon die Beiden bedrängte, folterte und schließlich bei lebendigem Leib in einem Ziegelofen verbrannte.

Das Paar hinterließ drei Kinder im Alter zwischen zwei und sechs Jahren, die beinahe noch mitverbrannt worden wären. Aneeqa Anthony ermittelte in dem Fall und brachte die Strafverfolgungsbehörden dazu, über 100 Muslime festzunehmen, die mutmaßlich an der grausamen Tötung beteiligt waren. Im Dezember vorigen Jahres wurde Aneeqa Anthony selbst mit einer Fatwa belegt. Die zynische Begründung des dem IS nahestehenden Mufti lautet: „Aneeqa Maria, Ehefrau von Shahid Anthony, hilft fortlaufend den Feinden des Islam und unterstützt Gotteslästerer.... Darum ist sie des Todes schuldig.“

Unmittelbar vor Ostern haben wir uns bei der IGFM noch mit unserer Projektpartnerin Aneeqa Anthony über die prekäre Sicherheitssituation für Christen in Pakistan ausgetauscht. Am Ostersonntag gelangten wir dann zur traurigen Gewissheit, dass die Islamisten wieder eine Sicherheitslücke für ihr zynisches Vorgehen ausgemacht haben: Bis zum Redaktionsschluss waren 74 Menschen ihren Verletzungen durch die Splitterbombe erlegen, die in ohrenbetäubender Weise am späten Nachmittag im Gulshan-e-Iqbal-Park in Lahore detonierte. Mehr als 370 Verletzte sind zu beklagen, darunter viele Frauen und Kinder.

Begleitet wurde der Anschlag, zu dem sich die pakistanische Taliban-Gruppe Jamaat-ul-Ahrar bekannte, von Protesten in der Hauptstadt für eine weitere Islamisierung des pakistanischen Rechts und die Hinrichtung der wegen Blasphemie verurteilten Asia Bibi. Mindestens Zehntausend radikale Muslime drückten ihre Verehrung gegenüber Mumtaz Qadri aus, dem Mörder des 2011 ermordeten Gouverneurs von Punjab, Salman Taseer.

Peter Jacob, Direktor des Zentrums für Soziale Gerechtigkeit in Lahore, sagte in einem Interview: „Christen sind Opfer eines banalen Machtkampfs“. Der Selbstmordanschlag in dem Park falle nicht zufällig mit den Demonstrationen für die Blasphemie-Gesetze in Islamabad zusammen, mit denen sich die Regierung nicht auseinandersetzen wollte. Für christliche Beobachter steht fest: Es geht nicht nur um eine sicherheitspolitische Antwort in der gefährlichen Lage. Es geht vielmehr auch um eine geistige Auseinandersetzung, die in den Schulen und Moscheen geführt werden muss. Der Hass gegen Minderheiten muss zuerst in den Köpfen bekämpft werden.

Indien

Mission ist ein Menschenrecht. So sieht es auch die Auslegung des Artikels 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte durch die Vereinten Nationen vor. Das Recht, seine Religion öffentlich zu bekunden, auch weiterzugeben und zu unterrichten, ist zudem fundamentaler Bestandteil des Paktes über bürgerliche und politische Rechte, den auch Indien ratifiziert hat. Dennoch ist dieses Recht in den Bundesstaaten Arunachal Pradesh, Chhattisgarh,

Gujarat Himachal Pradesh, Madhy Pradesh sowie Orissa ausdrücklich durch ein Gesetz unterdrückt. Angeblich soll damit der interreligiöse Frieden bewahrt, Zwang und Manipulation verhindert werden. Es wird behauptet, dass Christen, die für ihre Religion werben, zur Hetze anstiften. Die regierende Indische Volkspartei BJP ist sogar bestrebt, ein entsprechendes Anti-Konversionsgesetz auf nationaler Ebene auf den Weg zu bringen. Die Gesetze stören aber, ganz im Gegenteil, die Versöhnung unter den Religionsgemeinschaften: Hindunationalistische Gruppen missbrauchen sie zudem aktuell, um Christen unter Verdacht zu stellen, Stimmung gegen sie zu machen. Der Leiter des Gebetshauses Augsburg, Johannes Hartl, war kürzlich auf einer Indienreise. Er war als promovierter katholischer Theologe und Missionar eingeladen, auf christlichen Veranstaltungen zu sprechen und konnte so aus eigener Anschauung über die Drangsalierung von Christen berichten. Näheres über seine Gastgeber und die Aufenthaltsorte kann er aus Sicherheitsgründen nicht preisgeben. Das, was er sah und hörte, deckt sich mit den Erkenntnissen, die die IGFM über die Situation der Christen in Indien gesammelt hat.

„Auf dem ersten Bild sind nett lächelnde Mädchen zu sehen. Es sind Mädchen eines christlichen Waisenhauses. Dieses Waisenhaus wurde Ende vorigen Jahres von den Behörden beschlagnahmt und die knapp 100 Mädchen werden seither in diesem Haus gewaltsam festgehalten. In einer nicht ganz ungefährlichen Aktion sind wir zu diesem Haus gegangen, haben fotografiert und den Mädchen Trost zugesprochen. Das war aber nicht nötig, denn alle beteuerten, sie seien sogar bereit, für Jesus zu sterben und dass nichts sie daran hindern könne, Missionare zu werden, wenn sie wieder herauskommen. Diese Mädchen hätten allesamt als Säuglinge getötet werden sollen und wurden von Christen gerettet und aufgezogen. Das ist manchen nun ein Dorn im Auge.“

In Indien werden Christen weniger stark verfolgt als in den muslimischen Ländern, dennoch wird das Klima rauer. Dafür verantwortlich ist zum einen die rasante Ausbreitung des Evangeliums, die manchen Leuten Angst macht, andererseits die politische Situation. Die indische Regierung selbst gibt sich als tolerant, die Verfolgung selbst besteht darin, dass bei Übergriffen gegen Christen nicht die Täter selbst, sondern die Opfer verfolgt oder in Haft genommen werden. Solche Übergriffe sind an der Tagesordnung. Während wir



Im Waisenhaus eingesperrte Mädchen
(Foto: Johannes Hartl)

selbst dort waren, wurde in der näheren Umgebung ein Gebetstreffen überfallen, die Christen verprügelt und dann nackt durch die Straßen paradiert. Die Situation ist je nach Bundesstaat sehr verschieden. Im Süden ist es etwas sicherer. Doch als Faustregel gilt: Sobald Christen missionieren, also anderen von Jesus erzählen, erfahren sie Widerstand. Der Widerstand sieht dann so aus, dass das Kind eines Pastors eines Tages mit einer großen Schnittwunde im Gesicht nach Hause kommt oder seine Ehefrau von einem Mob vergewaltigt wird. Jeweils mit der schriftlichen Botschaft an den Pastor: Wenn Ihr nächste Woche noch da seid, wird es noch schlimmer.

Für mich persönlich war es die erste unmittelbare Erfahrung mit Verfolgung. Gesagt zu bekommen, dass ich nichts auf Facebook posten darf, weil auch meine eigene Reise von der Geheimpolizei überwacht würde, war schon neu. Dann die Warnung, dass Spitzel in der Veranstaltung seien. Es hatte etwas bedrückend Reales. Während ich zu Pastoren über Freiheit von Menschenfurcht spreche, filmt die Geheimpolizei vor der Tür alle, die in die Veranstaltung gehen. Nirgends durfte mein Name genannt werden und ich keine Auskunft geben, woher genau ich kam.

Ich dachte mir so: Bei uns ist das Schlimmste, was einem als Christ passieren kann, gemobbt oder medial geächtet zu werden. Und ich spreche zu Pastoren, die buchstäblich die Sicherheit ihrer Familie und ihr eigenes Leben aufs Spiel



Die Mädchen lächeln, obwohl sie in dem Haus festsitzen (Foto: Johannes Hartl)

setzen? Ich fühlte mich so beschämt und geehrt, am liebsten hätte ich diesen Hunderten von Männern Gottes einfach nur die Füße gewaschen. Stattdessen haben sie mich mit Ehre überschüttet.

Die Verfolgung geht nicht ohne Spuren an ihnen vorbei. Es gibt keine Superhelden. Die Angst ging um, als auf der Konferenz bekannt wurde, dass die Geheimpolizei vor Ort war. Sie arbeiten wie die Stasi und sind berühmt für ihre Erfahrung im Foltern. Dennoch war das Licht einmal wieder mächtiger. Die Gegenwart Gottes war stark, die Angst verging und - die ganze Familie des Bruders eines der höchsten Agenten der Geheimpolizei nahm im Geheimen an einem Gottesdienst teil, wo ich sprach und war offensichtlich sehr berührt. Seine ganze Großfamilie gehört zu einer radikal hinduistischen Gruppierung. Und so breitet sich das Evangelium weiter aus. Und ja, auch ich war erleichtert, als ich unbehelligt ausreisen durfte, auch das ist nicht selbstverständlich.

Die Braut Christi ist am Schönsten, wenn sich ihre Liebe im Leiden und in der Verfolgung als echt bewährt. Nichts an der Verfolgung ist romantisch oder erstrebenswert. Doch die besagte Schönheit hinterließ meine Augen geblendet.“

Ihre Spende überweisen Sie bitte unter dem Kennwort
„Religionsfreiheit“ auf folgendes Konto:

IBAN: DE31 5502 0500 0001 4036 00 • Swift-BIC: BFSWDE33MNZ
IGFM • Bank für Sozialwirtschaft • Kto. Nr. 1403600 • BLZ 550 205 00



Iran

Im Zuge des Gefangenenaustauschs nach dem Inkrafttreten des Iran-Atomdeals der Vereinigten Staaten ist am 16. Januar dieses Jahres endlich nach dreieinhalb Jahren Haft der iranisch-amerikanische Pastor Saeed Abedini zusammen mit drei weiteren US-Staatsbürgern im Iran aus der Haft entlassen worden. Zur Erinnerung: Am 14. Juli vorigen Jahres waren fast zwölf Jahre des Ringens um die Nutzung nuklearer Energie mit dem Iran abgeschlossen worden. Die Islamische Republik Iran sicherte schließlich zu, seine Urananreicherungen in den nächsten zehn Jahren um zwei Drittel zu reduzieren. Die USA und die EU haben infolgedessen mit Inkrafttreten ihre Sanktionen aufgehoben.

Vor rund drei Jahren, am 26. September 2012, haben die iranischen Behörden den jungen Konvertitenpastor Saeed Abedini in Teheran willkürlich inhaftiert. Abedini achtete immer genau darauf, dass zunächst seine Gemeindegemeinschaft und später sein Engagement für die Kinderheime im Rahmen des iranischen Rechts blieb. Am 27. Januar 2013 wurde er zu acht Jahren Haft verurteilt.

Suroush Saraie wurde am 5. Juli 2014 im nordiranischen Bandar Anzali, zusammen mit Mohammad Roghangir und Pastor Abdolreza Matthias Ali-Haghnejad, verhaftet und war seither im Adel Abad Gefängnis (siehe Bild) eingesperrt. Er kam am 11. November vorigen Jahres vorzeitig frei. Erstmals wurde er schon am 12. Oktober 2012 festgenommen, als er bei einem Gebetstreffen, das Sicherheitskräfte auflösten, ins Visier der Staatsmacht geriet. Wegen des Vorwurfs „Aktion gegen die nationale Sicherheit“ sowie „Propaganda gegen das System“ wurde er am 16. Juli 2013 zu zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt. Eine Berufungsinstanz bestätigte das Urteil schließlich. Bereits am 15. Dezember 2014 war der Konvertit Ali-Haghnejad, Pastor der ‚Kirche des Iran‘, wieder bei seiner Familie. Er war stellvertretend für alle Christen, die aus diesem Um-

Freilassungen - aber noch kein Frühling

feld teilweise mehrfach in Haft kamen, Gefangener des Monats Oktober 2014. Die IGFM rechneten zeitweise mit der Verhängung der Todesstrafe gegen ihn und konnte Bundesminister Christian Schmidt im Rahmen des politischen Patenschaftsprogramms als Paten für Ali-Haghnejad gewinnen.

Angehörige religiöser Minderheiten volle Bürgerrechte im Iran genießen. Das Regime lässt Repräsentanten anerkannter religiöser Minderheiten wie der armenisch-apostolischen Christen, der Juden und Zoroastrier sowie deren Vertreter im iranischen Parlament bei interreligiösen Begegnungen und Delegationsbesuchen über ihre vergleichsweise kommode Situation sprechen. Und in der Tat lebt auch ein armenischer Christ, der sich nicht politisch äußert, im Iran sicherer als in den vom IS-Terror zerrissenen Staaten in der Region. Der Umstand darf aber nicht darüber hinweg täuschen, dass besonders Konvertiten zum Christen-



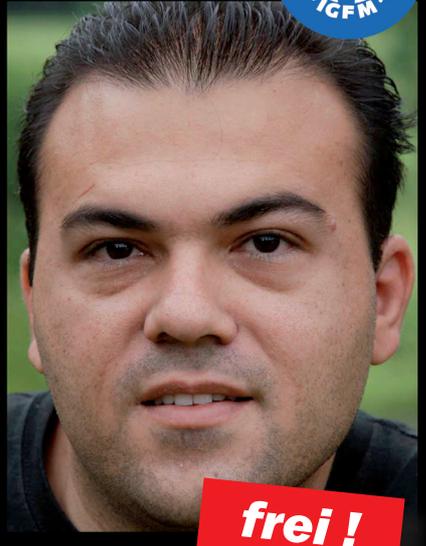
Mitarbeiter in der Frankfurter IGFM-Geschäftsstelle freuen sich über die Freilassung von Pastor Saeed Abedini

Am 22. Dezember erreichte die IGFM die Meldung, dass der Christ Farshid Fathi, der Gefangener des Monats Oktober 2012 war, am Tag zuvor nach fünf Jahren Kerker in die Freiheit entlassen wurde. Wegen „Aktivität gegen die nationale Sicherheit durch Mitgliedschaft in einer christlichen Organisation“ war er am 26. Dezember 2010 verhaftet worden. Den größten Anteil der zeitlichen Strafe verbrachte er in dem völlig überbelegten, für harte Haftbedingungen und Brutalität bekannte Evin Gefängnis. Die IGFM freut sich mit den aus der Haft Entlassenen und ihren Angehörigen, erinnert zugleich aber an diejenigen, die noch immer wegen ihres Glaubens im Iran eingesperrt sind. Es ist nicht möglich, ihre genau Zahl zu benennen, da nicht alle Fälle im Ausland bekannt werden, aus Angst davor, dass noch mehr Mitglieder aus den betroffenen Gemeinden im Gefängnis verschwinden.

Gleich nach Inkrafttreten des Abkommens mit den USA war der iranische Präsident Hassan Rohani auf Europatournee. Höhepunkt der Reise war der Empfang am 26. Januar bei Papst Franziskus. Der Heilige Stuhl hatte den Atomdeal vom Juli vorigen Jahres mehrfach ausdrücklich begrüßt. Rohani kam nach einem iranisch-italienischen Wirtschaftsforum zu einer 40-minütigen Privataudienz in den Vatikan. Der Iran tritt gerne mit dem Anspruch im Westen auf, dass

tum und Angehörige der Religionsgemeinschaft der Bahai systematischem Druck und gar Verfolgung ausgesetzt sind. (mk)

Konvertitenpastor
Name: Saeed Abedini
Verhaftung: September 2012
Verurteilung: Januar 2013 zu 8 Jahren Haft wegen „Gründung von Hauskirchen“ und „Gefährdung der nationalen Sicherheit“.



frei!

Verfolgung von Konvertiten

Christen, insbesondere Konvertiten, müssen im Iran zahlreiche Repressionen durch das Regime ertragen. Es ist einem Muslim nicht möglich, auf legalem Wege seine Religion zu wechseln oder religionslos zu sein. Der Übertritt vom Islam zum Christentum und Atheismus können mit dem Tode bestraft werden. Viele Konvertiten, so auch Abedini sitzen in Gefängnissen, wo sie gefoltert werden.

Westliche Delegationen, die den Zustand der Religionsfreiheit beurteilen sollen, treffen inzwischen regelmäßig in Vietnam ein. Sie können dort auch relativ frei einer wachsenden Zahl von Christen begegnen, denn es ist nicht einfach nur ihr Glaubensbekenntnis, das Christen hinter Gitter bringen kann. In dem kommunistischen Land ist die Sache heute komplizierter. Der Zündstoff liegt eher im christlichen Verständnis von Menschenwürde, Freiheit und Gleichberechtigung. So ist dies wohl auch beim christlichen Anwalt aus Hanoi Nguyen Van Dai der Fall. Für Februar benannte ihn die IGFM zusammen mit der evangelischen Nachrichtenagentur idea, wie bereits erstmals im April 2007, zum Gefangenen des Monats. Der Aufruf, in besonderer Weise für ihn einzutreten, erfolgt ausnahmsweise zum zweiten Mal, denn er legt eine beeindruckende Beharrlichkeit und Furchtlosigkeit an den Tag.

Der Vorwurf lautete damals wie auch jetzt wieder: „Propaganda gegen den Staat“. Der Gründer des Komitees für Menschenrechte in Vietnam und Erstunterzeichner der Online-Petition für Freiheit und Demokratie in Vietnam kam erst 2011 aus dem Gefängnis und stand bis Anfang April vorigen Jahres unter Hausarrest. Ständige Überwachung, unverhohlene Drohungen, ein Einbruch sowie Prügelattacken hielten ihn nicht davon ab, für die Menschenrechte zu bloggen und bedrängte Regimekritiker sowie Angehörige religiöser Minderheiten zu vertreten.

Zum wiederholten Mal zahlte der 46-jährige Mann dafür einen hohen Preis: Am 6. Dezember überfielen rund 20 maskierte Männer ihn und drei weitere Menschenrechtler, raubten sie aus und prügelten heftig auf sie ein. Elf Tage später brachen früh morgens rund zwei Dutzend Polizisten bei ihm ein, durchsuchten seine Wohnung und konfiszierten Datenträger sowie Informationen über Menschenrechte und Demokratie. Sie nahmen auch religiöse Literatur mit,

Informationen über die Arbeit des Arbeitskreises „Religionsfreiheit“ erhalten Sie bei der IGFM
Borsigallee 9
60388 Frankfurt/M
Tel. 069-420108-0
Fax. 069-420108-33
e-mail: religion@igfm.de
www.igfm.de

DER GEFANGENE DES MONATS FEBRUAR



Anwalt Nguyen Van Dai aus Hanoi (Foto: Idea)

wie seine Frau berichtete. „Wir glauben an Jesus. Ich sagte ihnen, dass das unsere Religion sei, aber sie ignorierten meine Worte.“ Schließlich nahmen sie ihn fest. Nun drohen Nguyen Van Dai bis zu 20 Jahre Haft wegen „Propaganda gegen den Staat“.

Der Vorsitzende der CDU/-CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Volker Kauder, der sich im vorigen Sommer vor Ort in Vietnam über den Stand der Religionsfreiheit erkundigte, kam zu dem Schluss, dass es fast täglich Übergriffe auf Gläubige, vermutlich von Sicherheitsorganen, gebe (pro Christliches Medienmagazin, 28.8.2015).

Andererseits ist seit Jahren eine Entspannung der Beziehungen zwischen der kommunistischen Führung und der katholischen Kirche festzustellen. Eine gemeinsame Dialoggruppe, die 2009 eingesetzt wurde, erreichte 2011 eine Vorstufe voller diplomatischer Beziehungen zwischen Vatikan und Vietnam. Der zuständige Vatikandiplomat Erzbischof Leopoldo Girelli forderte im August 2013 ausdrücklich mehr Religionsfreiheit.

„Zunächst sind religiöse Organisationen und Einzelne in größerer Gefahr, wenn die Behörden glauben, dass sie für die Regierung oder die kommunistische Partei eine Bedrohung darstellen“, sind die ehemalige US-Botschafterin beim Heiligen Stuhl, Mary Ann Glendon, und der Jesuitenpater Thomas J. Reese überzeugt. Die Beiden hatten sich zu einer Recherchereise nach Vietnam aufgemacht und in diesem Februar einen Bericht in dem US-amerikanischen, katholischen Magazin „America“ veröffentlicht.

„Religion in Vietnam zeigt sich deutlich anders aus als noch 40 Jahre zuvor“, hörte die US-Delegation mehrfach während ihrer Vietnamreise. An Berufungen und Kirchenbesuchern mangle es dort nicht. Mitglieder der Kommunistischen Partei schickten ihre Kinder zuweilen auf katholische Universitäten in die USA.

In dem Recherchebericht heißt es: „Vietnamesische Gläubige vermittelten, dass sich die Religionsfreiheit in den letzten vier Jahrzehnten ausgeweitet habe.

Auf der anderen Seite, glauben sie, dass immer noch viele Regierungsbeamte Religion und die positive Rolle, die sie in der Gesellschaft spielen könnte, verkennen, und stattdessen an veralteten Ängsten und Vorurteilen über das Recht, seinen Glauben frei zu praktizieren, festhielten.“ Wer seinen Glauben nicht in staatlich genehmigten Organisationen praktiziere, finde sich bald als Dissident wieder. „Im allgemeinen hat die katholische Kirche weniger Probleme mit der Regierung als protestantische Kirchen, staatlich geförderten Gruppen geht es besser als unabhängigen Gruppen, registrierten Körperschaften geht es besser als denen, die dies nicht sind“, heißt es darin.

Sämtliche Veranstaltungen ein Jahr im Voraus planen, anmelden und um die Genehmigung zittern – das wäre für die Religionsgemeinschaften in Vietnam nur ein Beispiel für die Konsequenzen aus einem Religionsgesetz, das derzeit erarbeitet wird. Es soll angeblich mehr Klarheit schaffen. In ersten Entwürfen zeichnete sich aber ab, dass durch eine Genehmigungspflicht, etwa für die Errichtung neuer religiöser Einheiten oder für Personalentscheidungen nur mehr Kontrolle ausgeübt werden soll. Während die US-Delegation dort war, hieß es dann wieder, eine einfache Registrierung reiche in einigen Angelegenheiten nun doch aus.

Große Furcht hat das Regime offenbar vor der Ausbreitung des Christentums unter den Minderheitenvölkern wie etwa der Hmong im Nordwesten Vietnams. „Manipulation der Religions- und Glaubensfreiheit, um die nationale Einheit zu untergraben“, lautet ein häufiger Vorwurf, um gegen Neu-Christen unter ihnen vorzugehen. Fast alle inhaftierten Geistlichen oder Gemeindeleiter gehören den ethnischen Minderheiten an.

Impressum

Herausgeber: Internationale Gesellschaft für Menschenrechte - Deutsche Sektion e.V. (IGFM)
Borsigallee 9, D-60388 Frankfurt,
Tel.: 069 - 420 108 0, Fax : 069 - 420 108 33
e-mail: info@igfm.de Internet: www.igfm.de
UstIDNr. DE 1142 35 684

Verantwortlich: Karl Hafen

Redaktion: Michaela Koller, Karl Hafen

Druck: johnen-druck, Bernkastel-Kues

Satz und Layout: Pixelvektor Stefan Eschenbach

Sektion Österreich:

Hackerhofergasse 1, A-1190 Wien

Tel.: 0043 - 991 943 9920, Fax: 0043 - 1 - 236 9231

Sektion Schweiz:

Birkenweg 1, CH-2560 Nidau,

Tel.: 0041 -32- 331 75 67, Fax : 0041 -32- 331 57 81

Herausgabe bezuschusst aus Mitteln der

Stephanus-Stiftung für verfolgte Christen.

Dieses Mitteilungsblatt wird an Mitglieder und

Förderer der IGFM kostenlos verschickt. Hier

geäußerte Meinungen stimmen nicht unbedingt

mit der Meinung des Herausgebers überein.